

Willkommen auf den Informationsseiten
der **Europaabgeordneten**

Dr. Gabriele Stauner

Sprecherin der CSU-Europagruppe für
Sozialpolitik und Haushaltskontrolle;
Rußlandexpertin



Europa aktuell

Ausgabe 53 / 2003

Straßburg, den 26. September 2003

Nach der erfolgreichen Landtagswahl am Sonntag kündigte sich eine stürmische Woche in Straßburg an : Präsident Prodi sollte dem Parlament Rede und Antwort geben zu den zahlreichen Vorwürfen im Zusammenhang mit der EUROSTAT-Affäre. Die Art und Weise, in der dieses geschah - unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Fragerecht der Mitglieder des zuständigen Haushaltskontrollausschusses - war eines Parlaments gänzlich unwürdig. Mittwochs fand eine feierliche Sitzung mit dem rumänischen Präsidenten Ion Iliescu statt und gegen Ende der Woche trafen wir uns mit Kollegen der russischen Staatsduma zu einem gemischten parlamentarischen Ausschuss, um den nächsten EU-Russland Gipfel in Rom mit vorzubereiten. Besonders viel Aufmerksamkeit erlangte der Bericht zu den Softwarepatenten, der bereits im Vorfeld für große Aufregung gesorgt hatte.

Maulkorb für Abgeordnete

Nicht einmal zu Wort kommen durften die Mitglieder des Haushaltskontrollausschusses, als sich Präsident Prodi vor dem Parlament zu den Vorwürfe im Zusammenhang mit der Eurostat-Affäre verantworten musste. Prodi zog es außerdem vor, nicht öffentlich vor dem Ausschuss zu erscheinen, sondern hinter verschlossenen Türen und vor dem ausgewähltem Kreis der Fraktionsvorsitzenden. Für den Ausschuss durften sich nur die Vorsitzende und zwei Mitglieder zu Wort melden. Schon die Art und Weise, wie den Abgeordneten zugemutet wurde, die zwei geheimen Prüfberichte zu lesen (mitten in der Nacht, unter Aufsicht und Redeverbot) spricht der Würde eines jeden Parlaments Hohn. Die Tatsache, dass Prodi keine personellen Konsequenzen notwendig sah, wirft ein schiefes Licht auf die bisher vollmündig geäußerten Besserungsbemühungen hinsichtlich der Betrugsbekämpfung. Eine ausführliche Darstellung des aktuellen Standes der EUROSTAT-Affäre mit den weiteren Schritten erhalten Sie in einem „**Sonder-Europa-Aktuell**“ Anfang nächster Woche.

Computerprogramme nicht patentierbar (Bericht McCarthy, SPE/UK)

Die derzeitige Praxis des Europäischen Patentamtes, computerimplementierte Erfindungen zu patentieren, soll nach Ansicht des Europäischen Parlaments legalisiert werden. Die Abgeordneten haben die Möglichkeit, derartige Erfindungen zu patentieren, allerdings mehrfach eingeschränkt. Computerprogramme als solche sollen nicht patentiert werden können. Vor der Abstimmung wurde sowohl inner- als auch außerhalb des Parlaments viel über den Kommissionsvorschlag diskutiert. Momentan werden derartige Patente schon durch das Europäische Patentamt oder durch einige nationale Patentämter vergeben. Die Richtlinie ist demnach aus Gründen der Rechtssicherheit notwendig.

Angemessene und nachhaltige Renten (Bericht Andersson, SPE/S)

Das Europäische Parlament unterstreicht, dass grundsätzlich die Mitgliedstaaten für die Rentenpolitik und die Finanzierung verantwortlich bleiben und bleiben müssen, wodurch jedoch der europäische Beitrag nicht geschmälert wird. Allerdings wurde die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Rentenpolitik gemäß der von mir kritisierten Methode der offenen Koordinierung begrüßt. Dabei sollen

drei grundsätzlichen Ziele auf lange Sicht erreicht werden: Angemessenheit, finanzielle Tragfähigkeit und Modernisierung der Renten.

Gegen Liste sicherer Asyl-Drittstaaten (Bericht Schmidt, LIBE/S)

Das Europäische Parlament lehnt die Initiative der Republik Österreich zur Aufstellung einer Liste von europäischen sicheren Drittstaaten ab. Als ein sicherer Drittstaat wird im Asylrecht ein von dem Asylbewerber durchreister Staat bezeichnet, der die Genfer Flüchtlingskonvention systematisch beachtet und in den man selbst schutzbedürftige Asylbewerber daher problemlos abschieben kann. Die Abgeordneten glauben, dass das Konzept sicherer europäischer Drittstaaten nicht Gegenstand einer eigenen Verordnung sein kann, sondern - wenn eine gemeinsame Liste dem Rat wünschenswert erscheint - im allgemeinen Rahmen der Richtlinie über Asylverfahren behandelt werden sollte.

Empfehlung für Europäische Liste von Berufskrankheiten

Um weitere Schritte in der Bekämpfung von Berufskrankheiten zu unternehmen, hat die Europäische Kommission eine Empfehlung bezüglich einer neuen europäischen Liste von Berufskrankheiten angenommen. Die Kommission lädt die Mitgliedstaaten ein, quantifizierte nationale Zielsetzungen zu definieren, um die Häufigkeit anerkannter Berufskrankheiten zu reduzieren. Die Empfehlung enthält eine Aktualisierung der Liste, die in der Empfehlung von 1990 vorgelegt wurde und die von Mitgliedstaaten weitgehend umgesetzt wurde.

Bericht zur Eingliederung von Personen mit Behinderung

Die europäische Stiftung für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen hat die Schlussfolgerungen ihrer Studie über „Krankheit, Behinderung und soziale Ausgrenzung“ veröffentlicht. Diese Forschungsarbeit hatte zum Ziel, die Art und den Umfang der Probleme zu untersuchen, mit denen Personen, die an einer langwierigen körperlichen oder seelischen Krankheit leiden, konfrontiert sind, und zwar insbesondere im Hinblick auf Barrieren auf dem Arbeitsmarkt. Die Stiftung zeigt eine Situation auf, die kaum zu Optimismus Anlass gibt. Die chronischen Krankheiten oder Behinderungen betreffen 17% der europäischen Bevölkerung und ungefähr 15% der Bevölkerung im arbeitsfähigem Alter. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass viele physische, rechtliche und verwaltungstechnische Schwierigkeiten fortbestehen.

Mindesteinkommen in Europa

Die griechische Sozialkommissarin Anna Diamantopoulou hat sich letzte Woche in Bologna dafür ausgesprochen, dass die Bürger der EU künftig Anspruch auf ein Mindesteinkommen haben sollen. Dem Wachstums- und Stabilitätspakt müsse ein « europäischer Sozialpakt » zur Seite gestellt werden. Dabei soll aber keine konkrete Summe festgelegt werden, sondern lediglich eine gemeinsame Formel, die als Grundlage für die Festlegung von Mindestlöhnen- oder -gehältern, Arbeitslosengeld oder Altersversorgung die Mitgliedstaaten dienen soll. Leider habe dieser Vorschlag bis auf weiteres wenig Aussicht auf Erfolg, gab die Kommissarin zu.

*Falls Sie weitere Informationen wünschen, finden Sie
sämtliche erwähnte Dokumente auf der Internetseite des Europäischen Parlaments:
<http://www.europarl.eu.int>*

*Mit freundlichen Grüßen
Ihre Europaabgeordnete*

*Dr. Gabriele Stauner, MdEP
Ihr Europabüro Wolfratshausen
Moosbauerweg 1, Tel. 08171-410007, Fax 08171-10008, E-Mail: info@stauner.de
Internet : www.stauner.de*